



# Vorwort

Praktizierte internationale Solidarität galt als eines der herausragenden Kennzeichen der DDR. In nicht wenigen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas verfügten die Kürzel »GDR« oder »RDA« über einen guten Ruf. Neben den verschiedenen Solidaritätsbewegungen erkannten auch Teile der westlichen Öffentlichkeit die Unterstützung der progressiven Befreiungsbewegungen als ein hervorzuhebendes Merkmal der DDR an.

Die Bevölkerung in der DDR beteiligte sich im eingeräumten Rahmen mehr oder weniger am Kampf um Gerechtigkeit. Trotz vorgegebener Verpflichtung: Solidarität war weithin Herzenssache. Der nicht nur in den Medien der DDR breit herausgestellte Beistand der Befreiungsbewegungen berührte das Verlangen vieler Bürger der DDR nach sozialem und ökonomischem Ausgleich weltweit. Zudem ermöglichte die tatsächlich geleistete bzw. propagierte Unterstützung für befreite Völker das Gefühl, auf der richtigen Seite der historischen Entwicklung zu stehen. Internationale Solidarität stellte einen gewichtigen Bestandteil des identitätsstiftenden Geflechtes in der DDR dar. Jedenfalls gingen viele Bürgerinnen und Bürger der DDR davon aus, keine Nutznießer ungerechter, globaler Wirtschaftskreisläufe zu sein. Eher sahen sich die Bürger der DDR im Weltwirtschaftsgetriebe als Benachteiligte und somit Seite an Seite mit den Entwicklungsländern. Insofern verfügte die DDR-Führung in bezug auf ihre Südpolitik eine gewisse Zeit über Kredit bei der Bevölkerung, oftmals gepaart mit einem Unbehagen ob der ideologisch verengten Sichtweise dieses an sich guten und richtigen Engagements. Monatliches Kleben von Solidaritätsmarken in den volkseigenen Betrieben der DDR hielt diese Unsicherheit in der Beurteilung latent wach bzw. beförderte sie noch, da keine ausreichenden Informationen über die Verwendung der gespendeten Gelder zu bekommen waren.

Wurde auch in den 70er Jahren nicht mehr »Ho, Ho, Ho Chi Minh« bei den feiertäglichen Aufmärschen entlang der Tribünen der Parteiführung in Ostberlin skandiert, so riefen doch die zahlreichen Studenten und Gäste aus der Dritten Welt gemeinsam mit der Partei- und Staatsführung und der mitschreitenden Bevölkerung: »Hoch die Internationale Solidarität!« Das war zu der Zeit, als der Afrikanische Nationalkongress (ANC) von Südafrika, auch damals schon unter der Leitung von Nelson Mandela, in Westdeutschland noch als terroristische Organisation eingestuft wurde. Im Gegensatz dazu konnte der ANC in Ostberlin eine diplomatische Vertretung unterhalten, wenn auch mit eingeschränktem Status.

Mit der weltweiten diplomatischen Anerkennung der DDR in der ersten Hälfte der 70er Jahre intensivierten sich auch die Kontakte zu bislang fernen Ländern. Die internationale Bestätigung der staatlichen Existenz der DDR

empfanden weite Teile der Bevölkerung zwischen Suhl und Saßnitz als Genugtuung und als Ende eines paradoxen Zustandes: der politischen Mißachtung des Staates, in dem sie lebten. Ein als natürlich und gegeben angesehener Zustand war endlich formal anerkannt. Zahlreiche Entwicklungsländer hatten diese Anerkennungswelle mitgetragen, auch deshalb stand man ihnen in der DDR weitgehend positiv gegenüber. DDR-Leistungssportler, als Diplomaten in den internationalen Sportarenen, und »Botschafter im Blauhemd«, wie die Mitglieder der FDJ-Arbeitsbrigaden in Entwicklungsländern genannt wurden, bemühten sich fortan in ihren Einsatzorten, von Fortschritt und Wohlstand in der DDR zu künden.

In dieser Zeit fallen zwei Ereignisse zufällig auf einen Tag, den 12. September 1974: In Lissabon wurde durch die neue Militärregierung die Auflösung des portugiesischen Überseereiches und damit die staatliche Unabhängigkeit der letzten Großkolonien der Erde, Angola und Mosambik, beschlossen, und in Addis Abeba entmachteten junge Militärs den äthiopischen Kaiser Haile Selassie. Sie führten das Land am Horn von Afrika in eine Revolution. Diese drei afrikanischen Länder sollten in den folgenden Jahren viele Gemeinsamkeiten in ihrer Entwicklung und in den Beziehungen zur DDR aufweisen.

1977 startete die DDR eine ökonomische Exportoffensive gegenüber den »ausgewählten und befreundeten afrikanischen Staaten«, wie ein feststehender Terminus Äthiopien, Angola und Mosambik zusammenklammerte. Sie sollte mit dazu beitragen, den immer drastischer ansteigenden Devisenmangel der DDR zu verringern. Durch ein umfangreiches Geflecht von diplomatischen Vereinbarungen band sich die DDR an diese Länder. Mit dem Unterzeichnen der Verträge über »Freundschaft und Zusammenarbeit« im Jahre 1979 fanden diese außenpolitischen und ökonomischen Kraftanstrengungen einen frühen Höhepunkt, der in den folgenden Jahren nicht mehr überboten werden konnte.

Gleichzeitig gab es immer wieder westliche Meldungen und Publikationen, die über zweifelhafte Aktivitäten der DDR in einigen Entwicklungsländern berichteten. Sie bezeichneten unter anderem die DDR als die Faust Moskaus in Afrika und wußten von ihrer militärischen Präsenz auf dem schwarzen Kontinent in Form eines »Honecker-Corps« zu erzählen. Oft hatten diese Auskünfte einen eigenartigen Ton. Er war weniger von der Sorge um die Menschen in den jungen Staaten bestimmt, als vielmehr von der Wehmut um verflorsene Gebiete und mangelnden Einfluß. Auch wenn diese Berichte in der DDR nicht breit rezipiert werden konnten, trugen sie doch zur weiteren Unsicherheit bei der Beurteilung der Südpolitik der DDR-Führung in Ost und West bei.

In der vorliegenden Studie versuche ich, einen Beitrag zum Verständnis der Politik der DDR-Führung gegenüber der Dritten Welt zu leisten. Entsprechend ihrer Dominanz in den Beziehungen und ihren bis heute spürbaren Folgen lege ich besonderes Augenmerk auf die Außenwirtschaftsbeziehungen. Die Politik gegenüber Afrika ist von den zentralen Stellen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) aus vorbereitet, entschieden und angelei-

tet worden, meist im Sekretariat des Zentralkomitees (ZK) der SED und dem Politbüro des ZK der SED. Exemplarisch wurden die Beziehungen zu Äthiopien und Mosambik untersucht. Dabei konzentriere ich mich auf die entscheidenden Jahre 1977 und 1978.

Nur eingeschränkt können Aussagen dieser Studie auf die Interessen und den Charakter der Beziehungen der DDR zu anderen Schwerpunktländern in der Dritten Welt übertragen werden.

Insbesondere gilt dies für die als sozialistische Staaten eingestuftten Länder, die zum Teil Mitglieder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) waren, wie Kuba, die Mongolei, Vietnam, Laos und Kambodscha. Trotzdem sind Vergleiche möglich und Parallelen zu entdecken. Grundlegende Unterschiede ergeben sich durch die Zuordnung von Äthiopien und Mosambik zum »Hartwährungsgebiet« bzw. zum »Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet« (NSW).

Bei einer ersten Literatursichtung stellte ich für mich unerwartet fest, daß – obwohl die einschneidenden politischen Veränderungen für die Schwerpunktländer der DDR in Afrika um das Jahr 1975 lagen – die intensiven Beziehungen zu diesen Ländern erst im Sommer 1977 einsetzten. Diese wurden dann um so plötzlicher und mit großer Hektik aufgebaut. Als Ursache dafür stellte sich die Instrumentalisierung der Beziehungen der DDR zu Äthiopien und Mosambik in einer Exportoffensive zur Abwehr der schon 1977 sichtbaren massiven Zahlungsunfähigkeit der DDR heraus. Mit der Kontrolle und Steuerung dieser Beziehungen wurde der Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo), formal im Außenhandelsministerium angesiedelt, beauftragt.

Das erste Kapitel der Studie befaßt sich mit den politischen Verhältnissen zu Beginn der 70er Jahre, als die DDR in weiten Teilen der Welt Bekanntheit erreichen konnte und internationale Anerkennung erfuhr. In diesem Kontext wird auch auf den theoretischen und ideologischen Rahmen einer marxistisch-leninistischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik kurz eingegangen.

Das zweite Kapitel beschreibt die erste gravierende ökonomische Krise der DDR in der Honecker-Ära und den Versuch, diese unter anderem mit einer »Exportoffensive Entwicklungsländer« zu meistern. Im Zusammenhang mit der sich androhenden Zahlungsunfähigkeit der DDR und dem Engagement am Horn von Afrika setzte eine zum Teil abenteuerliche Reisediplomatie ein, als deren Hauptakteur Politbüromitglied Werner Lamberz anzusehen ist. Dokumentiert werden erstmals die Gründe der Einsetzung einer »Kommission zur Koordinierung der ökonomischen, kulturellen, wissenschaftlich-technischen und der Tätigkeit im nichtzivilen Bereich in den Ländern Asiens, Afrikas und des arabischen Raumes« durch das Politbüro der SED im Dezember 1977 unter Leitung von SED-Wirtschaftssekretär Günter Mittag. Die frühe und akute ökonomische Krise der DDR und die Arbeit der sogenannten Mittag-Kommission prägten bis 1989 die Afrikapolitik der DDR. Dabei erfüllten geheime Verträge der DDR mit Oberst Muamar al Gaddafi aus Libyen über das gemeinsame Vorgehen in Afrika ihre Versprechen nicht.

Die bisher nicht beschriebenen Verbindungen zwischen der Außenhandels-offensive gegenüber den Entwicklungsländern, repräsentiert durch die Kommission für Entwicklungsländer, und Alexander Schalck-Golodkowski als Chef des Bereiches Kommerzielle Koordinierung sind Thema des dritten Kapitels. Im Vollzug der intern beschlossenen Maßnahmen zur Abwehr der akuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten wurde Alexander Schalck mit der Anleitung, Koordinierung und Überwachung der ökonomischen Beziehungen zu Äthiopien, Mosambik und Angola betraut. Die Beauftragung erfolgte durch den engsten Führungszirkel von Partei und Staat. Anhand zahlreicher Dokumente wird nachvollziehbar, wie stark die Anleitung durch KoKo diese in der Öffentlichkeit als solidarisch dargestellten Beziehungen prägte.

Je ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit Äthiopien und mit Mosambik. Für Äthiopien ist kennzeichnend, daß der Startschuß für die besonders engen Beziehungen mit der Machtergreifung von Mengistu Haile Mariam erfolgte. In dieser frühen Phase revolutionärer, terroristischer und kriegerischer Wirren vermischte sich der Waffenhandel mit außerplanmäßigen Lieferungen äthiopischen Rohkaffees an die DDR. Am Beispiel der »Kaffeekrise« der DDR wird versucht, die Entscheidungsabläufe des SED- und Staatsapparates während einer besonderen Krisensituation darzustellen und die Verknüpfungen der DDR-Afrikapolitik mit Welthandel, DDR-Binnenwirtschaft und internationalen Konfliktherden, so dem Ogadenkrieg 1977/1978 und der Eritrea-Frage, zu rekonstruieren.

Die intensivsten Verbindungen und Kontakte zu einem Staat der Dritten Welt unterhielt die DDR mit Mosambik. Zeitweise arbeiteten und lebten bis zu 1200 Bürger der DDR in diesem Land am Indischen Ozean. Über 80 Verträge sollten möglichst alle Belange regeln.

Bei der Beschreibung der Beziehungen zu Mosambik steht die Durchführung des Sofortprogrammes aus dem Herbst 1977 im Vordergrund.

Das Sofortprogramm verfolgte das Ziel, die Steinkohlengruben in der Provinz Teté aufzubauen und zugunsten der DDR auszunutzen. Die Kohlengruben waren das größte Auslandsvorhaben der DDR. Soweit das für einen Außenstehenden möglich ist, wird auf den Alltag in diesem Großprojekt der DDR ebenso eingegangen wie auf die Arbeit des Solidaritätskomitees der DDR und des Ministeriums für Staatssicherheit in Mosambik. Den mosambikanischen Vertragsarbeitern in den inländischen Betrieben maß die DDR-Führung eine entscheidende Rolle beim Abbau der Außenhandelsüberschüsse bei. Sie wurden darum seit 1986 verstärkt in Betrieben der DDR eingesetzt. Es wird versucht, einige Zusammenhänge zu rekonstruieren. Die DDR hatte in bezug auf ihren »Westhandel« besonders große Defizite zu verbuchen. Aus dem Handel mit Entwicklungsländern erzielte sie Überschüsse. Diese »Ex-DDR-Forderungen« gingen durch die deutsche Vereinigung auf die Bundesrepublik über. Gegenüber besonders hoch verschuldeten und besonders armen Entwicklungsländern (HIPC-Länder) hält die Bundesrepublik derzeit ca. 1,3 Milliarden DM Forderungen aus der DDR aufrecht. Davon beruhen über 1,2 Milliarden DM auf der Handelstätigkeit des Bereiches Kommerzielle

Koordinierung und gehen in ihrem Ursprung auf die in der Studie beschriebene Exportoffensive zurück.

Der Titel der Studie »Es geht um unsere Existenz« wurde bei Alexander Schalck-Golodkowski ausgeborgt. Er ist einem vertraulich wiedergegebenen Kurzdialog entnommen. Mosambik äußerte 1982 die Bitte, militärisches Gerät für den Kampf gegen die stärker operierenden RENAMO-Einheiten kostenlos erhalten zu können. Schalck lehnte ab und wird mit dem Satz zitiert: »Es geht primär um die Existenz der DDR.«

Das Schalck-Zitat führt in die Mitte der Beweggründe der Ausweitung der Afrikapolitik der DDR-Führung im Jahre 1977. Die Führung der SED sah schon frühzeitig den Bestand der DDR als gefährdet an. Und Existenzsorgen – auch der ehemaligen DDR – verdienen es, ernst genommen zu werden. Zumal eine drohende Zahlungsunfähigkeit der DDR und ihre möglicherweise darauf folgende Auflösung an der Nahtstelle zweier konkurrierender Systeme mitten in Europa schwer planbare Folgen für Stabilität und Frieden hätte haben können. Zudem sind die Eigeninteressen eines Staates durchaus legitim und deren Wahrung eines der vorderen Aufgaben der Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Die SED-Führung meinte, eigene Interessen mit den Interessen ausgewählter Entwicklungsländer besonders gut zum gegenseitigen Vorteil verbinden zu können. Die weltpolitische Situation in der zweiten Hälfte der 70er Jahre beflügelte die Phantasie und ließ Großprojekte entstehen. Die Erwartungen wurden von beiden Seiten hochgeschraubt. In den intensivierten Südbeziehungen trafen Partner mit ungleichen Existenzsorgen aufeinander. Der eine Partner – die DDR – gab vor, helfen zu wollen und zu können. Immerhin zählte sie sich zu den wichtigen und erfolgreichen Industriestaaten der Erde. Bei den anderen Partnern – den Entwicklungsländern – lebten die Menschen weiterhin in existentieller Not. In den Sorgen um die jeweils eigene Existenz zeigt sich Nähe und Distanz, Brüderlichkeit und Fremdheit dieser Notgemeinschaften, die vorgaben bzw. hofften, Siegesbünde sein zu können.

Bei der Erarbeitung der Studie stützte ich mich neben verfügbarer Literatur auf Archivmaterial und auf Gespräche mit Verantwortlichen der Südpolitik der DDR sowie auf Material des Schalck-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages.

Es wurden Unterlagen aus folgenden Archiven herangezogen:

»Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR« im Bundesarchiv Berlin-Zehlendorf für die Unterlagen aus dem Sekretariat des Politbüros sowie der Büros der Politbüromitglieder Günter Mittag und Werner Lamberz; dem Bundesarchiv Berlin-Zehlendorf für Akten aus dem Staatsapparat, zum Beispiel der »Mittag-Kommission«, deren Sekretariat in der »Staatlichen Plankommission der DDR« angesiedelt war; dem Zentralarchiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin; dem Bundesarchiv, Außenstelle Coswig für die Bestände des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, Abteilung Handelspolitik; dem Bundesarchiv, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten für Akten des Solidaritätsko-

mites der DDR; dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, Außenstelle Berlin. Hier wurden nur Kopien von Vertragstexten vorgelegt, weitere Unterlagen verweigert und diese Verweigerung mit einer Sperrfrist von 30 Jahren begründet.<sup>1</sup> Zudem wurden, allerdings nur in sehr geringem Maße, das Bundesarchiv – Militärarchiv – in Freiburg sowie das Evangelische Zentralarchiv, Außenstelle Berlin, und das Hauptarchiv des Diakonischen Werkes in Berlin aufgesucht.

Aufgrund der für den Gegenstand der Studie beschränkten zeitlichen und materiellen Ressourcen, die zur Verfügung standen, konnte die Akteneinsicht nur in Stichproben erfolgen. Von daher konnten nicht alle offenen Fragen beantwortet werden. Die verbliebenen Lücken bedürfen weiterer Nachforschung und Aufarbeitung.

Schon vor dem Beginn der Arbeit war mir bewußt, daß Akten, zumal die des MfS, aber auch die aus dem Bereich der Partei- und Staatsführung, die relevanten Sachverhalte nur begrenzt abbilden können. Zum Beispiel muß in dieser Studie leider – bis auf die Steinkohlegrube Moatize – auf die Darstellung der konkreten Arbeit in den Projekten vor Ort verzichtet werden. Gleichzeitig sind diese Unterlagen als die wesentlichen Grundlagen unverzichtbar, da weite Teile der Themen, die hier zu bearbeiten waren, zu Zeiten der DDR konsequent geheimgehalten wurden. So manche Zusammenhänge haben den Kreis der damals direkt damit Vertrauten bis heute kaum verlassen.

Die zentralistischen Informations- und Entscheidungssysteme der DDR ließen in der Regel keinen Platz für differenzierte Sacherörterungen und abwägende Berichte. Trotz einigen Bemühens konnte die Ebene, auf der Projekte oder Handelsvorhaben entwickelt und erörtert wurden, nicht nachvollzogen werden. In keiner der Unterlagen fanden sich Anfragen im Original von afrikanischen Partnern. Auch Mitschriften von sogenannten Vier-Augen-Gesprächen werden nicht frei von Interpretation sein. Eine weitere Schwierigkeit war, daß die Beschlußvorlagen meist Vorhaben und Planungen behandeln. Ganz selten waren Zwischen- oder Ergebnisberichte früher beschlossener Vorhaben zu finden, die einen realen Ablauf wiedergeben. Diese Lücke schlossen zum Teil die Unterlagen des MfS, Hauptabteilung XVII »Sicherung der Volkswirtschaft«. Hier fanden sich gelegentlich Berichte aus den Verwirklichungsphasen. Aber auch in diesen Beständen wirken die systemeigenen Vorgänge der informellen Berichterstattung nach: In der Regel wurden nur Mängel weitergemeldet und Einschätzungen über im Sinne des MfS gefährdete oder kritische Sachverhalte gegeben. Zudem sind die Kriterien für die Auswahl der weitergegebenen Informationen nur bedingt bekannt.

Erfolge oder der eher normale Alltag der DDR-Bürger in den Projekten in Afrika waren keine Meldungen wert und sind also in der Regel nicht abgebildet worden. Das heißt nicht, daß es das nicht gegeben hat. Es läßt sich nur nicht zitieren. Hier wie an weiteren Stellen bedürfen die Erkenntnisse der Stu-

<sup>1</sup> Dies ist insofern unverständlich und ärgerlich, da wenigstens für die Beziehungen DDR–Äthiopien gelten kann: beide vermeintlich noch schutzwürdigen Regime sind durch die Geschichte und die Völker vertrieben und abgewählt worden.

die der Ergänzung. Vermeintliche Normalität war kein Meldegut und kein Gegenstand für »Sicherungs- und Beschlußmaßnahmen«. Trotzdem lügen die Akten nicht oder höchst selten und geben die wichtigsten Zusammenhänge wieder.

Frühzeitig wurde das Gespräch mit einigen Praktikern und Verantwortlichen der Afrikapolitik gesucht. Diese erste Phase erwies sich als schwierig und unbefriedigend. Vielleicht lag es an meinen Fragen. Vielleicht spürten die Gesprächspartner die bei mir zu diesem Zeitpunkt noch offensichtlichen Lücken im Wissen über das Wirrwarr der Kompetenzen und Unterstellungsverhältnisse in der Afrikapolitik der DDR. Nachdem die Textfassung der Studie in den Grundzügen abgeschlossen war, wurde ein erneuter Anlauf unternommen. Gut ein Viertel der angesprochenen Persönlichkeiten war zu Gesprächen bereit. Das gemeinsame Abstimmen über die Druckfassung erwies sich als spannender Prozeß. Zwei der Gesprächstexte sind in den Anhang aufgenommen worden. Nur wenige Gesprächspartner wollten letztlich ihre Einwilligung zum Abdruck der überarbeiteten Schriftfassungen der Gespräche geben. Ein Gesprächspartner schrieb: »Nicht, daß das Interview Unwahrheiten enthält, aber so darf ich das nicht sagen und keinesfalls schreiben. Ich bin deshalb sehr böse dran mit mir selbst. Ich gleiche dem Vogel, der sein eigenes Nest beschmutzt. Also respektieren Sie meine Bitte und vergessen Sie das Interview.« Die Studie möchte dazu beitragen, daß der Austausch näher liegt als das Vergessen. Sie versteht sich als Gesprächsangebot. Bei allen bisherigen Gesprächspartnern – gleich ob die Abschriften in die Studie aufgenommen werden konnten oder nicht – möchte ich mich bedanken.

Die Studie will, obwohl sie auch Material des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit verwendet, nicht den Eindruck erwecken, die Afrikapolitik der DDR wurde von diesem Ministerium gesteuert. Dies käme einer weiteren Mystifizierung gleich. Das MfS erfüllte sowohl in Afrika als auch in der Anleitung und Kontrolle der Wirtschaftsbeziehungen, bei aller Eigendynamik großer Apparate »im Frontkampf«, vor allem von der Parteiführung zugewiesene Aufgaben. Ich kann der Klage eines ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiters der Staatssicherheit ein gewisses Verständnis entgegenbringen, der in Richtung »Aufarbeitungsforschung« sagte: »Warum beißt ihr nur den Stock und nicht die Hand, die ihn führte.«

Die Studie bemüht sich, die Motivation und wichtigsten Beweggründe der Parteiführung, deren Sachzwänge und ihre Entscheidungen darzustellen. Dabei ließ ich mich vom öffentlichen Interesse leiten, das sich auf die Beziehungen zwischen Staaten und Völkern richtet.

Auf weitere eher grundsätzliche Probleme soll kurz hingewiesen werden, da bei der Betrachtung von Vorgängen in der ehemaligen DDR immer ein bewußter oder unbewußter Ost-West-Vergleich stattfindet. So auch in der Außenwirtschaft. Durch die getrennten Währungs- und Rechtssysteme war die Praxis sehr verschieden.

Manager westlicher Handelsfirmen verfügten im Normalfall über bedeutend größere Spielräume als ihre östlichen Kollegen. Sie fanden kein vergleichbares Korsett vor. Die Konvertierbarkeit ihrer Währungen sicherte den weiten Handlungsraum in der Weltmarktwirtschaft. Im normalen sozialistischen Außenhandel ging es beengter zu.

Trotzdem: Die östliche Planwirtschaft verstand sich als Alternative zur Marktwirtschaft.

Ein zentralistisch regiertes Staatshandelsland – wie die DDR – praktizierte offiziell nicht die Trennung von öffentlichen und privaten Bereichen. Ein westliches Wirtschaftssystem unterscheidet in der Südkooperation privaten Handel und öffentliche Entwicklungszusammenarbeit. Die Trennungslinie läuft »klassisch« zwischen Gewinnorientierung und sozialer Verpflichtung. Dabei gibt es fließende Übergänge.

Für die sozialen Verpflichtungen trägt im westlichen System die öffentliche Hand mittels der verschiedenen Formen der Entwicklungszusammenarbeit die Verantwortung. Sie hat dabei mitunter eine Alibifunktion. Eine Verpflichtung zu ethischem Handeln wird von einem Außenhändler a priori nicht erwartet. Er kann mit weitgehender öffentlicher Billigung »graue Bereiche« nutzen.

Der sogenannte sozialistische Außenhandel mit Entwicklungsländern unterlag dagegen offiziell dem theoretisch selbst entworfenen Ziel des langfristigen sozialen Ausgleichs. Propagiert wurde die Interessengleichheit zwischen Entwicklungsländern und Staatshandelsländern. Diese Gleichheit wurde als strategisches Fortschrittsbündnis und als Zukunftsgarantie herausgestellt. Die Attraktivität der sozialistischen Staaten beruhte für einige Regierungen der Dritten Welt unter anderem auf ihrer Aussage, eine Alternative zum westlichen Wirtschaftsmodell sein zu können. Dies war verbunden mit dem Versprechen der Führungen der östlichen Staatengemeinschaft, den gegenseitigen Vorteil zu suchen und Gewinnmitnahmen zu vermeiden. Eine Außenwirtschaft neuer Qualität sollte dies gewährleisten. »Handel statt Hilfe« war das Motto.

Mit »Handel statt Hilfe« war ein hoher ideologischer und auch ethischer Anspruch formuliert. Schon beim ersten größeren Gegenwind wurde der propagierte Gegenentwurf kurzfristig über Bord geworfen. Signifikanter Ausdruck für diesen »Systemwechsel innerhalb des Systems« in der DDR war die Beauftragung des Wirtschaftsunternehmens KoKo mit der Pflege der Beziehungen zu den afrikanischen Ländern. Dafür wurde es mit staatsmonopolistischen Vollmachten ausgestattet. KoKo sollte im Auftrag der Führung der SED auf dem Weltmarkt für die DDR agieren und: »Es machen, wie die im Westen!« Mehrmals gaben Gesprächspartner diese Erklärung für die Mission von KoKo. Es vermischten sich in der DDR Privates und Öffentliches, Ökonomie und Politik auf eine andere als die verkündete Weise und wurden zu einer speziellen Einheit zusammengefügt. Die Einsicht in staatliche Archive der ehemaligen DDR macht es jetzt möglich, in einige »private«, also geschäftliche Abläufe von KoKo und der Südkooperation der SED und DDR zu schauen. Die Archive westlicher Konzerne und Staaten sind in der Regel

für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Trotzdem haben engagierte Wissenschaftler und Journalisten gelegentlich über Machenschaften westlicher Geschäftsleute und transnationaler Konzerne in Entwicklungsländern recherchiert und berichtet.

Die vorliegende Studie versteht sich in der »Tradition« einer kritischen Betrachtung staatlicher und nichtstaatlicher entwicklungspolitischer Zusammenarbeit. Seit den Erschütterungen der Studentenunruhen 1968 und ihrem Bezug auf die Länder und Völker in der sogenannten Dritten Welt gab es eine kontinuierliche und fundiert kritische Begleitung der Außen-, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik westlicher Staaten durch die entwicklungspolitisch interessierte Öffentlichkeit, nicht zuletzt auch in der Bundesrepublik. Die Kritik reichte bis zur grundsätzlichen Infragestellung der Zweckmäßigkeit und Funktion der Formen der Entwicklungszusammenarbeit. Entwicklungspolitik war zeitweise ausgeprägte Staatskritik. Die entwicklungspolitische Arbeit in der Bundesrepublik zog einen Teil ihrer Kraft und Motivation aus der beständigen Beurteilung des eigenen Wirtschaftssystems bzw. dessen Auswirkungen auf die Länder des Südens, ohne die Grundwidersprüche auflösen zu können. Die Literatur dazu ist umfangreich.

Eine derartige Debatte gab es in der DDR nicht. Vielmehr wurden »Solidarität« und »Internationalismus« als staatstragend angesehen und galten als weitgehend unantastbar. Die Südbeziehungen wurden stark reguliert oder geheimgehalten, negative Auswirkungen in der Öffentlichkeit nicht diskutiert. Diese Praxis erwies sich auch nach der Wende noch als erstaunlich robust und wurde fortgesetzt.

Die in der DDR verhinderte öffentliche Debatte um »staatliche Hilfe«, beispielsweise hinsichtlich der Großprojekte und den Stellenwert kleinbäuerlicher Landwirtschaft, läßt sich mit dieser Studie nicht nachholen. Sie will aber zu Gespräch und Auseinandersetzung anregen. Auch wenn die ehemalige DDR ein »abgeschlossenes Sammelgebiet« ist, sollten die Erfahrungen und Biographien vieler Spezialisten und Außenhändler erschlossen und bei einer weiteren Beurteilung hinzugezogen werden.

Die Studie versteht sich in einer weiteren »Tradition«.

Seit Mitte der 80er Jahre ringt die engagierte entwicklungspolitische Öffentlichkeit um ein sozialökonomisch faires Beurteilen und Reduzieren der Schulden von besonders unterentwickelten Ländern. Die Ostblockstaaten und Staatshandelsländer blieben von dieser Kritik weitgehend ausgeklammert. Ihre Handelsbeziehungen galten den einen als Alternative, und von anderen sind sie im Weltmaßstab als unbedeutend angesehen worden. Aber für einige Entwicklungsländer besitzen die noch bestehenden Schulden gegenüber den ehemaligen Staatshandelsländern erdrückende Größenordnungen. Zudem müssen sie nach dem Zusammenbrechen des gesonderten Währungsraumes des RGW, der »Rubelzone«, in konvertierbaren Devisen zurückgezahlt werden. Gläubigerstaat an Stelle der ehemaligen DDR ist die Bundesrepublik. Sie hat nicht nur Schulden der DDR übernommen, sondern auch Guthaben aus de-

ren Handel mit Entwicklungsländern. Die Studie möchte zu einer sachgerechten Beurteilung der Ex-DDR-Forderungen beitragen und plädiert für eine umfassende Streichung, wie sie von der Kampagne »Entwicklung braucht Entschuldung – Erlaßjahr 2000« und von vielen entwicklungspolitischen Organisationen und den Kirchen gefordert wird.

Die Studie wird unter drei Vorbehalten veröffentlicht:

Erstens: Eine umfassende Betrachtung der Beziehungen der DDR zu afrikanischen Ländern kann nicht ohne die Einbeziehung der beteiligten Partner erfolgen. Ich sehe es als notwendig an, daß die Südpolitik der DDR auch von Äthiopiern und Mosambikanern beurteilt wird. Von daher sollte eine weitere Studie unter dem Arbeitstitel »Mit ihren Augen« ermöglicht werden. Die Hoffnung ist berechtigt, daß dafür Partner gewonnen werden könnten. Es gibt noch eine Vielzahl von Fragen, deren Antworten nicht in den DDR-Akten zu finden sind.

Zweitens: Die Studie bedarf einer Ergänzung um die alltäglichen Arbeitsgänge in den Projekten, Botschaften, Arbeitsgruppen und Einsatzorten. Wie erwähnt geben die zur Recherche herangezogenen Unterlagen dies nur sehr eingeschränkt her. Die Erinnerungen von Zehntausenden von Spezialisten, FDJ-Brigadisten, Diplomaten, Sicherheitsmitarbeitern, Ehepartnern und Beratern könnten eine wertvolle Ergänzung bei weiteren Beurteilungen darstellen. Die Krankenschwestern und Ärzte im nordäthiopischen Gonda zum Beispiel haben unter extremen Arbeits- und Lebensverhältnissen Kranke geheilt und junge Ärzte ausgebildet. Sie seien wie die Geologen im mosambikanischen Bergland um Monica stellvertretend für viele genannt. Trotz problematischer Vorgaben der Leitung und politisch schwieriger Verhältnisse haben sie versucht, partnerschaftliche und solidarische Arbeit zu leisten. Ihre Berichte und persönlichen Briefe fanden sich nicht in den Ordnern der SED-Führung und Sicherheitsorgane. Sie konnten zur Beurteilung nicht herangezogen werden.

Drittens: Bei weitem nicht alle Akten konnten eingesehen werden. Manche Bestände sind noch nicht zugänglich, nicht nur die des ehemaligen Außenministeriums der DDR. Es liegt in der Natur der Arbeit mit Aktenmaterial und in der Komplexität des Gegenstandes, daß weitere Unterlagen sowie mögliche Gespräche und Auseinandersetzungen Aussagen dieser Studie im nachhinein verändern oder abrunden. Das wäre eine gute Wirkung.

Ausgangspunkt meiner intensiven Nachforschungen war eine Anfrage der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Diese erreichte mich in einer Phase beruflicher Umorientierung. Zudem sollten fünf Schwerpunktländer der Südpolitik der DDR auf ca. 40 Seiten abgehandelt werden. Ich mußte ablehnen. Nachfragen von Mitgliedern der Kommission und der Hinweis, daß »die Geschichte dann wieder vom Westen« aufgearbeitet würde, bewirkten eine Umstimmung. Ohne die Unterstützung einer Reihe von Personen wäre diese Studie nicht vollendet worden. Mein Dank gilt denen, die mich zur

Weiterarbeit ermutigten. Ich möchte mich herzlich bei Herrn Hans Lindemann/Köln bedanken, der mir Teile seines Materials zur Einsicht überließ, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Archiven, vor allem in Berlin-Zehlendorf, bei den Gesprächspartnern für ihre Offenheit und ihr Vertrauen, bei Heide Künanz und Uta Rüchel für die Mitarbeit bei der Fertigstellung des Manuskripts. Nicht zuletzt bedanke ich mich beim Ch. Links Verlag und beim Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg sowie beim Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland für Verständnis und Unterstützung. Vor allem aber möchte ich mich bei meiner Frau und unseren Kindern bedanken für ihre Geduld, ihr Verständnis und ihre Unterstützung!

Wittenberg/Pechau,  
im August 1999

Hans-Joachim Döring